

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, SP): Industriearbeitsplätze in Bern erhalten

Zwei Meldungen haben sich in den vergangenen Wochen überschritten. Einerseits gab die Stadt bekannt, dass erstmals mehr als 150 000 Personen in der Stadt arbeiten. Andererseits kündigte die Druckmaschinenfabrik WIFAG an, die Hälfte ihre Belegschaft zu entlassen – was darauf hinausläuft die Produktion von Druckmaschinen einzustellen.

Wie aus der Statistik ersichtlich wird, gehören die meisten Arbeitsplätze in der Stadt Bern zum Dienstleistungssektor. Schon in der Vergangenheit wurden z.B. durch Zerschlagung der ascom zahlreiche Industrie-Arbeitsplätze vernichtet. Nur noch vergleichsweise wenig Menschen stellen Güter her. Mit der Teilschliessung der WIFAG und dem Wegzug der Vetroglass verschwinden weitere industrielle Arbeitsplätze aus der Stadt. Weitere Firmen im Besitz von multinationalen Konzernen laufen Gefahr, dass der Standort Bern ausgehöhlt oder geschlossen wird.

Der Dienstleistungssektor mag zur Zeit boomen. Langfristig ist er jedoch davon abhängig, dass irgendwer, irgendwo industrielle Güter produziert und so den Wirtschaftskreislauf in Schwung hält. Heute sind zahlreiche industrielle Arbeitsplätze ausgelagert– nach Osteuropa und nach Asien. Die Chancen sind gering, dass diese Arbeitsplätze je wieder zurück kommen. Auch der Standort Bern muss sich dieser Problematik stellen. Im kantonalen Verbund gibt es einige Anstrengungen, um industrielle Schlüsselbereiche wie Feinmechanik (Präzisions-Cluster), Energie, und Medizintechnik (Medical Cluster) im Kantonsgebiet zu behalten – es gibt jedoch keine Strategie, wie sich die Stadt Bern an diesen Bemühungen beteiligen soll. Kaum existent sind Bemühungen der öffentlichen Hand zum ökologischen Umbau der Industrie und zu den Umwelttechnologien.

Wir bitten daher den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie schätzt er das industrielle Potential der Stadt Bern ein? Wo sieht er Handlungsmöglichkeiten um dieses Potential zu stärken?
2. Mit welchen Mittel unterstützt der Gemeinderat die in der Stadt Bern tätigen Unternehmen?
3. Mit welcher Strategie bemüht sich der Gemeinderat, Industriebetriebe in der Stadt Bern zu halten?
4. Wie beteiligt sich die Stadt Bern an den kantonalen Strategien im industriellen Sektor (z.B. Wirtschaftsförderung, Cluster)?
5. Könnten durch den ökologischen Umbau und Umwelttechnologien nicht Arbeitsplätze und Unternehmen in der Stadt Bern gehalten oder angesiedelt werden?
6. Ist er bereit, dieses Thema in der Regionalkonferenz im Sinne einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik zur Erhaltung von Arbeitsplätzen zu einem Schwerpunkt zu machen?

Bern, 5. November 2009

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, SP), Patrizia Mordini, Guglielmo Grossi, Thomas Göttin, Ursula Marti, Nicola von Greyerz, Stefan Jordi, Rolf Schuler, Beat Zobrist, Leyla Gül

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die Besorgnis über die derzeitige konjunkturelle Lage und die starke Betroffenheit der Maschinen- und Apparateindustrie. Dieser Industriezweig ist zwar in Stadt und Region Bern nicht so stark vertreten wie am Jurafuss oder in der Ostschweiz. Es ist jedoch besonders bedauerlich, wenn entsprechende Arbeitsplätze verloren gehen, wie dies bei der WIFAG der Fall ist.

Wie in der Interpellation dargelegt, sind die meisten Arbeitsplätze auf Stadtgebiet dem Dienstleistungssektor zuzuordnen. Neuste Zahlen der Betriebszählung 2008 zeigen nicht nur eine Zunahme der Beschäftigten zwischen 2005 und 2008 um 3 135 Beschäftigte (+2,4 %) im Dienstleistungssektor, sondern auch im industriell gewerblichen Sektor um 760 Beschäftigte (+ 4,9 %). Diese Zunahme entspricht nicht dem langjährigen Trend, wie er schweizweit und in allen westlichen Ländern durch den Strukturwandel erfolgt. In der Stadt Bern kommt dazu, dass industriell-gewerbliche Betriebe aus Platzmangel, Beschränkung der Zufahrten oder wegen Konfliktsituationen mit den Anwohnenden ihren ursprünglichen Standort verlassen müssen. Da auf Stadtgebiet kaum noch Industrie- und Gewerbeland zur Verfügung steht und zudem das Angebot an bestehenden Gewerberäumlichkeiten beschränkt ist, können oft keine Alternativstandorte angeboten werden. Die Konsequenz davon ist häufig ein Ausweichen auf Gemeinden in der Region. Selbst dort ist es jedoch schwierig, grössere Parzellen für Industrie und Gewerbe zu akzeptablen (Preis-) Konditionen zu finden. Ein Beispiel für diese Problematik ist die von den Interpellantinnen und Interpellanten erwähnte Firma Vetrotech, für die die Wirtschaftsförderung Kanton Bern kein geeignetes Grundstück im Kanton Bern anbieten konnte.

Die in der Interpellation gestellten Fragen kann der Gemeinderat wie folgt beantworten:

Zu Frage 1:

Das industrielle Potenzial in der Stadt Bern umfasst ein breites Branchenspektrum und ist deshalb insgesamt relativ resistent gegenüber konjunkturellen Schwankungen. Einzelne Firmen stellen Spezialitäten für Wachstumsmärkte her und haben in den vergangenen Jahren in beträchtlichem Masse Arbeitsplätze geschaffen (Beispiel: CSL Behring AG). Das Potential der industriellen Arbeitsplätze kann auf Stadtgebiet wegen der nicht vorhandenen räumlichen Möglichkeiten nicht wesentlich gesteigert werden, dies muss in einem regionalen Kontext erfolgen.

Zu Frage 2:

Der Gemeinderat unterstützt die Firmen in der Stadt Bern mit dem Serviceangebot des Wirtschaftsamts, d.h. Raumvermittlung, Beratung und Vermittlung in Bewilligungsverfahren, Vermittlung geldwerter Förderleistungen der kantonalen Wirtschaftsförderung, PR-Plattform im Newsletter usw. Zwecks „Pulsföhlung“ besucht das Wirtschaftsamt jährlich rund 40 Unternehmungen/Organisationen auf Stadtgebiet, zum Teil mit Gemeinderatsmitgliedern. 2009 besuchte der Gesamtgemeinderat zudem drei grosse Unternehmungen. 2010 werden diese Besuche weitergeföhrt. Im Rahmen dieser Besuche kommen immer kleinere und grössere Probleme der Unternehmungen zur Sprache, die auf Gemeindeebene oder durch Vermittlung auf höherer Ebene gelöst werden können. Das Wirtschaftsamt ist in der derzeitig konjunkturell schwierigen Lage bemüht, die Kontakte zu den Unternehmungen des 2. Sektors besonders zu pflegen und die Industrieunternehmen zu unterstützen. So wurden zum Beispiel im Sommer 2009 15 Firmen, welche Kurzarbeit beantragten, besucht, um sich vor Ort ein Bild über die

aktuellen Vorgänge zu machen. Dabei wurde festgestellt, dass die Betriebe alles unternehmen, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten und zu sichern.

Zu Frage 3:

Angesichts des Mangels an industriellen Standorten auf Stadtgebiet wird im Einzelfall immer versucht, den Firmen die Weiterentwicklung am angestammten Ort zu ermöglichen oder sie auf die letzten industriell-gewerblichen Flächen auf Stadtgebiet, beispielsweise auf das Schermen-Areal, umzusiedeln. In jüngerer Vergangenheit konnten dadurch die Firmen Stämpfli AG und Sihl AG der Stadt erhalten bleiben und in Zusammenarbeit mit dem Kanton die Intersport International angesiedelt werden.

Zu Frage 4:

Das Wirtschaftsamt ist in den Vorständen der für die Region Bern massgeblichen Cluster-Organisationen vertreten und arbeitet dort aktiv mit. Es sind dies der Medizinal- und Telematik-Cluster sowie der Wirtschaftsberatungs-Cluster. Das Wirtschaftsamt begleitet in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung Kanton Bern viele Firmen bei deren Standortentscheidungen. In erster Linie werden stets Standortalternativen in der Standortgemeinde angeboten. Genügen diese den Anforderungen nicht, werden Standorte in der ganzen Region geprüft. Oberste Zielsetzung ist es, das Arbeitsplatzpotential in der Region Bern zu erhalten. In diesem Rahmen nehmen An- und Umsiedlung von industriell-gewerblichen Firmen einen grossen Stellenwert ein.

Zu Frage 5:

Die Stadt Bern stellt den Start-ups und Kleinunternehmen im Bereich Klimatologie und Greentech im Beer-Haus, einer Liegenschaft im Eigentum der Stadt, günstigen Arbeitsraum zur Verfügung. Firmen im erwähnten Bereich haben zweifelsohne ein nicht zu unterschätzendes Zukunftspotential. Es darf aber nicht darüber hinweg gesehen werden, dass ein wesentlicher Teil der Arbeitsplätze in diesen Bereichen der Beratungsbranche, also dem Dienstleistungssektor, zuzuordnen sind. Zudem sind das Firmenpotential und damit auch die Neugründungen immer noch bescheiden.

Zu Frage 6:

Das Wirtschaftsamt wird das Thema und das Problem des Mangels an Industrieland in die Regionalkonferenz einbringen. Es besteht die Möglichkeit, dass mit entsprechender Sensibilisierung der Regionsgemeinden weitere industriell-gewerbliche Standorte an geeigneten Orten ausgeschieden und dadurch Arbeitsplätze erhalten werden können. Die Problematik wird ebenfalls regelmässig anlässlich der Kontakte mit der kantonalen Volkswirtschaftsdirektion thematisiert.

Bern, 3. März 2010

Der Gemeinderat